

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. RM. 15.—, vierteljährl. RM. 45.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innen- und Ausland 48.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 50 Pfg. : Strotento RM. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigt. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile ober deren
Raum RM. 1.50, auswärts RM. 2.00. : Reklame-
zeile RM. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstufstellung werden
jeweils 1 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Num. 101

Februar 179

Wildbad, Dienstag, den 2. Mai 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

Die Londoner Blätter heben hervor, die nächsten Tage
müssen über das Schicksal der Konferenz entscheiden.
Die irischen Verständigungsverhandlungen in Dublin
sind gescheitert.

Der Kampf um das Saargebiet

Clemenceau hat es in den Friedensverhandlungen
in Versailles durchgesetzt, daß das Saargebiet von
einem noch gar nicht fest bestimmten Zeitpunkt an 15
Jahre lang durch die Franzosen besetzt werde, worauf
die Bevölkerung durch eine Abstimmung entscheiden
könne, ob sie zu Deutschland oder zu Frankreich gehören
wolle.

In diesen 15 Jahren will Frankreich die außer-
deutsche Welt davon überzeugen, daß das Saargebiet
geschichtlich und wirtschaftlich zu Frankreich gehöre.
Mit der ihm eigenen Kühnheit meldete Clemenceau be-
reits in Versailles geschichtliche Rechte auf das Saar-
gebiet an. Er konnte das nur tun, weil er wußte, daß
draußen in der Welt sich niemand um die Geschichte des
Saarlands kümmern würde. Was half der Einpruch
der Saarländer selbst, die sofort erklärten, das Saar-
land ist nie zu Recht französisch gewesen? Neun Jahr-
hunderte war es ein selbständiges deutsches Fürstentum,
dann wurde es zur Zeit der französischen Revolution
1801 gewaltsam Frankreich einverleibt, kam aber be-
reits 1815 wieder zu Deutschland. Will Frankreich diese
14 Jahre Zwangszugehörigkeit als geschichtliches Recht
bezeichnen, das stärker sein soll als eine tauendjährige
natürliche Zugehörigkeit zum Deutschtum? Große Hoff-
nungen setzt man wohl selbst in Paris nicht auf diese
geschichtlichen Anrechte. Um so größere aber auf die
Wirkungen der Zeit von 15 Jahren bis zur
Abstimmung. Frankreich hofft, daß diese Zeit genüge,
um das Saargebiet so unter wirtschaftlichen Druck zu
nehmen, daß es vollkommen in französische Abhängig-
keit gerät. Alle Voraussetzungen dazu sind bereits ge-
schaffen worden. Mit Hilfe des Völkerbunds ist die
Saarbevölkerung politisch vollkommen entrechtet
worden. Das Land hat keine Volksvertretung, sondern
man hat ihm eine Regierung gegeben, in der französi-
scher Einfluß maßgebend ist, und man hat ein Schein-
parlament, nicht erwählt, sondern ernannt, in dem vor-
ausichtlich nur willige Handlanger der Franzosen sitzen
dürfen. Deutsch fühlende Bewohner des Saargebietes
hat man massenweise a u s g e w i e s e n. Auf diese Weise
hat man die Stimmung geschaffen, die es den Franzosen
erlaubt, sich alles leisten zu können. Von den noch im
Saargebiet wohnenden Deutschen hat das Franzosen-
tum nicht mehr viel zu befürchten, weil es diese Deut-
schen wirtschaftlich ganz in seiner Hand hat, denn deren
Existenz hängt vom guten Willen der Franzosen ab, so
daß die Saardeutschen zu allem stillhalten müssen. Das
soll kein Vorwurf sein. Das Deutschtum hat wahrhaftig
nichts davon, wenn die Saardeutschen etwa an Ort
und Stelle sich gewaltsam auflehnen wollten, der Er-
folg wäre nur, daß sie ihres Eigentums beraubt und
des Landes verwiesen würden, um Platz für Franzosen
zu machen. Das wollen die Herren in Paris ja ge-
rade. Die im Saargebiet lebenden Deutschen müssen
daher stillhalten, um an Ort und Stelle bleiben zu kö-
nnen. Aber fünfzehn Jahre stillhalten, um am Tag der
Abstimmung auf dem Posten zu sein, das bedeutet ein
großes Heldentum für unsere deutsche Sache, und wir
müssen den Brüdern an der Saar dieses Opfer sehr
hoch anrechnen. An uns aber ist es, ihnen die 15 Jahre
hindurch immer und immer wieder zu zeigen, daß wir
treu zu ihnen stehen.

Wie können wir nun den Saardeutschen die Treue
halten? Mit grausamer Kaltblütigkeit versuchen die
Franzosen die wirtschaftliche Lage der Saarländer zu
untergraben. Der Valutaunterschied zwi-
schen Frank und Mark ist ihnen das willkommenste
Mittel dazu. Man vergegenwärtige sich das Neben-
einander der beiden Währungen! Ein Beispiel mag es
erläutern. Ein Gymnasialdirektor in Saarbrücken,
der in den Ruhestand treten mußte, erhält als Pension
jährlich 16 000 M. Die Bergwerke, die ja in französi-
schen Besitz übergegangen sind, bezahlen ihre Arbeiter
in Franken, und ein Stelae erhält eine monatliche Löh-

nung, die in Mark umgerechnet, über 25 000 Mark wert
ist. Ein Bergarbeiter bezieht also ein Monatsgehalt,
das weit höher ist, als die Jahrespension eines Gym-
nasiallehrers. Und überall, wo sie können, zwingen die
Franzosen die Saarbevölkerung zur Annahme der
Frankenwährung. Da sie die Gruben in ihrem Besitz
haben, ist auch die gesamte Industrie und sind die Ge-
meinden von ihren Kohlenlieferungen abhängig. Die
Franzosen bewilligen ihnen nicht eher Kohlen, als bis
die betreffenden Industriellen und Gemeindevertretungen
der Frankenwährung ihre Konzession gemacht
haben. Und viele haben da schon nachgeben müssen. So
kann man sich vorstellen, welche Vermüstungen im Pri-
vatleben mit der Zeit durch diesen Zwiespalt der Wäh-
rung hervorgerufen werden. Die Benachteiligung der
Markempfänger ist allgemein. Die Sarregierung hat
nicht nur in Post und Eisenbahn Frankentaxen einge-
führt, die für Markbesitzer schier unerschwingliche Hö-
hererheben, sie hat auch bei Festsetzung des steuerfreien
Einkommens die Mark schwer benachteiligt. Das steuer-
freie Einkommen wurde für Frankempfänger auf
5000 Franken, für Markempfänger auf 15 000 M.
festgelegt. Da aber 5000 Franken etwa 150 000 M.
wert sind, erkennt man wieder die bewußte Benachteil-
gung der Markempfänger. Riesengewinne locken,
wenn man den Franzosen zu Willen ist. Not und Ent-
behrung sind das Los, wenn man sein Deutschtum hoch
hält. Wer kann diesen Kampf auf die Dauer bestehen?
Die Franzosen haben die Zeit für sich. Wenn es so wei-
ter geht wie jetzt, dann sind nicht 15 Jahre nötig, dann ist
das Saargebiet viel früher reif für die französische
Ernte. Auch die deutschfühlenden Saarländer können
sich wirtschaftlich einfach nicht halten. Hier ist der Punkt,
wo wir den Brüdern an der Saar zeigen müssen,
daß wir treu zu ihnen stehen. Alle, die durch die Fran-
kenwährung in Not geraten, müssen Hilfe aus dem
unbesetzten Deutschland bekommen. Jeder,
der es kann, muß nach besten Kräften geben. Wir dür-
fen unsere Saardeutschen nicht im Stich lassen, wir
müssen dafür sorgen, daß sie am Abstimmungstag in 15
Jahren noch auf ihrem Posten sind. Die Zeit ist heute
die stärkste Waffe der Franzosen, und nur der einmütige
Wille des gesamten deutschen Volks kann die Saardeut-
schen vor dem Untergang im Franzosentum bewahren.

Französischer Gimpelfang

Vor kurzer Zeit wurde mit einem Stammkapital von zehn
Millionen Mark die „Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen
L. G. in Homburg (Saar)“ gegründet. Unter den Gründern,
die sämtliche Aktien übernommen haben, befinden sich der
Hüttenbesitzer Felix Souvy in Dieulouard, die französische
Landesbank des Saargebietes und der Generalsekretär der
Französisch-Saarländischen Landesammer F. Christin.
Es handelt sich also um ein rein französisches Unternehmen,
an dem auch die bisherigen saarländischen Firmen nicht mehr
beteiligt sind. Souvy ist einer der besten Deutschenkäufer,
obwohl er während des Kriegs durch sein Werk Oberhomburg
in Lothringen Millionen verdient hat. Seine sämtlichen deut-
schen Angestellten entließ er nach dem Krieg. In rückwärts-
loser Art und Weise verweigerte er auch seinen vielen lang-
jährigen deutschen Abnehmern jede Lieferung. Sein ganzes
schändliches Treiben ist jetzt in der Pfalz allgemein bekannt.
Nunmehr aber scheinen die französischen Aktionäre nach dem
deutschen Geld lüftern zu sein, und haben unter der verlocken-
den Firma „Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen L. G.,
Homburg“ auf deutschem Gebiet in Landwirtschaft und Ma-
schinenhandel Kunden zu fangen. Es kann daher nicht ge-
nügen vor jenen deutschfeindlichen Landmaschinenfabrikan-
ten gewarnt werden.

Die Vergewaltigung Deutschlands durch militärische Ueberwachung

Artikel 203 des von Deutschland unterzeichneten Friedens-
vertrags bestimmt: „Alle Bestimmungen über Landwehr, See-
macht und Luftfahrt, für deren Durchführung eine
zeitliche Grenze festgesetzt ist, sind von Deutsch-
land unter Ueberwachung von Verbands-Ausschüssen durch-
zuführen, die zu diesem Zweck von den beteiligten Haupt-
mächten besonders ernannt werden“. Auf Grund dieses Ar-
tikels trägt Deutschland seit dem sogenannten Friedensschluß
die Last der militärischen Ueberwachungs-
kommissionen, die ihm neben ungeheuren, die Finanz-
schwierigkeiten des Reichs vermehrenden Ausgaben eine
völlige politische und wirtschaftliche Auskunds-
chaftuna durch den Feindbund und diesem die Möglich-

keit gebracht haben, mit unprüfaren, aber amtlich beglau-
bigten Organen eine Propaganda zu treiben und gestützt
auf ein durch sie gezüchtetes Spindel- und Landes-
verrätertum, stets neue Erpressungen gegen Deutsch-
land auszuüben. Im Reichstag hat Reichstangler Dr. Wirth
unlängst darauf hingewiesen, daß die von Deutschland zu
tragenden Kosten für zwei Generäle dieser Kommission nicht
weniger betragen als die gesamten Aufwendungen im Reichs-
haushalt für Reichspräsidenten, Reichkanzler und sämtliche
Reichsminister zusammen. Dieser Hinweis auf die ungeheuer-
lichen Zustände vor aller Welt hat zweifellos dazu beige-
tragen, daß in der Note der Botschafter-Konferenz an den
deutschen Botschafter in Paris vom 14. April 1922 in Bezug
auf die zukünftige militärische Ueberwach-
ung Deutschlands Vorschläge gemacht werden, die die
vorgesehene Ersparnis für Deutschland betonen, im übrigen
aber rechtswidrig sind und eine Vergewal-
tigung Deutschlands bedeuten.

Die befristeten Punkte des Friedensvertrags, deren Ueber-
wachung allein zugestanden wurde, sind durchgeführt.
Nur wegen einzelner nebensächlicher Punkte bestehen
noch Meinungsverschiedenheiten. Sie sind hervorgerufen da-
durch, daß General Nollet im Auftrag Frankreichs sich das
Recht anmaßt, Forderungen zu stellen, die im Friedens-
vertrag nicht begründet sind. In einzelnen Fällen
hat er selbst dadurch die rechtzeitige Ausführung be-
rechtigter Maßnahmen verhindert. Bis zum ersten Ok-
tober 1922 könnten und müßten alle diese Punkte restlos er-
ledigt sein. Damit verschwindet jeder rechtliche
Boden einer ferneren militärischen Ueber-
wachung Deutschlands durch eine ständige Kom-
mission jedweder Form auf deutschem Boden.

Es ist begreiflich, daß der Botschafterrat unter Frankreichs
Führung, nicht gern das Opfer dieser Organe und
ihres vorbezeichneten politischen und wirtschaftlichen Ruhens
der vorschreitenden Zeit bringt. Mit einsprechenden Wor-
ten verlangt daher die Note des Botschafterrats, daß an die
Stelle der rechtlichen, nicht mehr aufrechtzuerhal-
tenden Ueberwachungskommissionen eine „Garantiekom-
mission“ tritt, die, an Umfang zwar kleiner, die Aufgaben
der Ueberwachungskommissionen fortführen soll. Auch soll
der Vorsitz der Franzosen und der überwiegende
Einfluß durch die Stimmenzahl ihnen und den Belgiern ver-
bleiben. Als Aufgabe der Militär-Garantiekommission wird
bezeichnet, daß es den verbündeten Mächten die Sicherheit
geben solle, daß die Bestimmungen des Vertrags von Ver-
sailles über das Landwehr gewissenhaft beobachtet wer-
den. Dieses Recht ist aber durch Deutschland im Friedens-
vertrag nicht zugestanden worden. Die Rechtslage wird
weiter dadurch verschoben, daß die Ueberwachung der
Ueberwachungskommissionen zum 1. Oktober von der An-
nahme des Garantiekomitees abhängig gemacht wird.
Der deutschen Regierung soll im Weigerungsfalle die Schuld
zugeladen werden, wenn sie das im Friedensvertrag nicht
begründete Ansinnen auf Duldung der Garantiekommission
zurückweist; es soll der Welt dann ein „Recht“ vorgeläufig
werden, daß die Ueberwachungskommissionen in Deutsch-
land bleiben.

Ueber die Frage einer finanziellen Entlastung
Deutschlands ist die Angelegenheit jetzt weit hinaus-
gewachsen. Was Deutschland an Kosten erspart würde, kam
ihm jederzeit wieder in anderer Form für Entschädigungs-
leistungen abgepreßt werden, gerade mit der Begründung,
daß ja Deutschland durch Einschränkung oder Fortfall der
Kosten für die militärische Ueberwachung eine fühlbare Ent-
lastung seines Staatshaushalts erfahren habe. Noch weniger
als auf geistlichem Gebiet würde oder Deutschland in anderer
Richtung entlastet. Gibt es kein Einverständnis zu dem Vor-
schlag der Botschafterkonferenz, so beugt es sich, ohne
durch den Friedensvertrag dazu verpflichtet zu sein, einer
zeitlich und sachlich unbegrenzten Ueber-
wachung.

Daraus, daß die verbündeten Hauptmächte überhaupt den
Vorschlag unterbreitet haben, und aus dem Inhalt ihrer Note
geht hervor, wie schwach ihre rechtliche Stellung für die
Fortdauer einer militärischen Ueberwachung in Deutschland
ist, und daß sie selbst die Schwäche ihrer Stellung kennen.
Von der deutschen Regierung muß deshalb erwartet wer-
den, daß es für sie keine andere Antwort gibt als das Ver-
langen, die militärischen Ueberwachungskommissi-
onen spätestens zum 1. Oktober restlos abzube-
rufen, und die Ablehnung des Vorschlags, an ihre
Stelle eine Militärgarantiekommission treten zu lassen.
Deutschland hat im Versailler Vertrag nur eine zeitlich
eng begrenzte Ueberwachung zugestanden und die Be-
dingungen für die Dauer erfüllt. Es wäre ein unge-
heures Preisgeben unseres Rechts, würde die deutsche Re-
gierung sich einer Dauerkontrolle unterwerfen, auf die der
Versailler Friedensvertrag dem Feindbund nicht die geringste
Berechtigung gibt.

Von der Konferenz in Genua

Die Denkschrift an die Russen

Genua, 1. Mai. Die von England und Frankreich ausgearbeiteten Entwürfe für eine Denkschrift an die Sowjetvertreter wurden im politischen Unterausschuss durch einen besonderen Ausschuss, der den Wortlaut zu fassen hatte, verabschiedet. Dabei kam es wieder zu einer scharfen Auseinandersetzung, namentlich über die Herabsetzung der russischen Kriegsschulden, zwischen Lloyd George und Barthou. Frankreich will keine Herabsetzung, sondern nur Zahlungsausschub. Bezüglich der Gewährung eines Vorkaufes an Russland bot Lloyd George für den Anfang 25—30 Millionen Pfund Sterling seitens Englands an; er werde aber auch weitere Kredite vom Unterhaus dafür verlangen. Japan ist zu einem Kredit von 600—800 Millionen Yen (1 Yen gleich 4 Goldmark) bereit. Belgien bietet 250 Millionen Franken. Frankreich hat 1200 Lokomotiven und 25 000 Güter- und 3500 Personen- und Gepäckwagen anzubieten (die natürlich entweder deutschen Ursprungs oder durch die deutsche Sachschädigung an Eisenbahnmaterialele entbehrlich gewordenen alten französischen Material sind, D. Schr.). Italien wäre bereit, an Russland landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Material zur Behebung des Schiffsverkehrs im Schwarzen Meer beizusteuern.

Die Russen waren zu den Verhandlungen nicht zugegen; sie erhoben daher Widerspruch und drohten, daß sie ihre am 20. April gemachten Zugeständnisse wieder zurückziehen werden.

Lloyd George entschlossen

Genua, 1. Mai. Lloyd George erklärte, wie der „Corriere della Sera“ meldet, Barthou gegenüber, England sei entschlossen, am Wiederaufbau Russlands unter allen Umständen teilzunehmen. Sollte die Konferenz zu keinem Abkommen mit Russland führen, so werde England, und auch andere Staaten, eben einen Sondervertrag mit Russland schließen.

Verständliches Schreiben Tschischerins an Barthou.

Paris, 1. Mai. Der „Matin“ erfährt aus Genua, Tschischerin habe dem französischen Vertreter Barthou in bestimmter Weise erklärt, der Vertrag von Rapallo enthalte keine geheimen militärischen oder politischen Bestimmungen, die russische Regierung habe sich auch zu keinerlei Handlungen verpflichtet, die gegen Frankreich oder andere Staaten gerichtet wären. Russland sei vielmehr bemüht, weitere Abkommen zu schließen. Zwischen Frankreich und Russland gebe es viele Berührungspunkte, die ein Uebereinkommen erleichtern würden. In dieser Richtung habe sich die russische Politik trotz der feindseligen Haltung Frankreichs von seit mehr als 4 Jahren gegen Russland nicht geändert. Russland sehe auch in der französischen Politik keinen Abhaltungsgrund, die freundschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen, die für Europa und den wirtschaftlichen Wiederaufbau ebenso notwendig wie nützlich wären.

Die Konferenz der Friedensvertragsmächte.

Paris, 1. Mai. „Petit Parisien“ meldet aus Genua, Lloyd George habe als Ort der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten derjenigen Staaten, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, eine kleine italienische Stadt unweit San Remo vorgeschlagen. (Der Vertrag ist zwar auch von Deutschland unterzeichnet worden, es kommt aber für die Unterzeichner-Konferenz natürlich nicht in Frage.)

Beisungen an die Sowjetdelegation.

Genua, 1. Mai. Die Sowjetdelegation hat aus Moskau die Meldung erhalten, keine Zustimmung zu machen, die das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit der Arbeiterklasse beeinträchtigt, sondern nur einen Vertrag zu unterzeichnen, der die Freiheit Sowjetrußlands und die Möglichkeit des russischen Wiederaufbaues sichert.

Ein Schreiben des Papstes an den Erzbischof von Genua

Genua, 1. Mai. Der Papst hat gestern an den Erzbischof von Genua einen Brief gerichtet, in dem er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß endlich die Herrschaft des Friedens in der Welt wieder aufgerichtet werde. Er habe mit einer gewissen Unruhe und Ueberraschung den Verlauf der Konferenz von Genua verfolgt, und möchte nunmehr die Völker einladen, für das Gelingen der Konferenz den Segen Gottes zu erheben. Die baldige Rückkehr zum normalen

Zustand sei für Besiegte und Sieger notwendig und vorteilhaft, besonders aber für die unglücklichen Völker im Osten Europas, die durch den Krieg und die inneren Kämpfe, durch Hunger und Epidemien auf dem Gipfel des Unglücks angelangt sind. Wenn diese auf dem Gipfel des Unglücks angelommenen Völker ohne Erfolg von Genua scheiden müßten, dann würde die Gefahr neuer Leiden und noch größeren Unglücks in Europa drohend werden. Es sei unumgänglich notwendig, daß man zu einer Wiederherstellung der normalen Lage komme, denn man könne nicht voraussehen, welches die Folgen der Verzweiflung der Bevölkerung Russlands sein könnten. Deshalb richtet der Papst an alle diejenigen, die geneigt sind, Opfer zu bringen für das gemeinsame Wohl, den Appell, an der Wiederherstellung Russlands zu arbeiten. Der Papst lädt alle Vereinen ein, zu diesem Zweck zu beten und beauftragt, die diplomatischen Vertreter beim Heiligen Stuhl, seine Gedanken den Regierungen und Völkern zu übermitteln.

Von englischer Seite wird hierzu folgende Mitteilung verbreitet: Der Premierminister Lloyd George ist sehr erfreut über den Brief des Papstes und gibt vor allen Dingen seiner Bewunderung darüber, daß der Papst mit so ausgezeichnetem Kenntnis von den Verhältnissen im Osten Europas bricht. Lloyd George fühlt, daß diese Gefahr und die Kundgebung des Heiligen Stuhles zugunsten eines Friedens mit Russland eine große Ermutigung für alle christlichen Völker Europas darstellt.

Verhandlungen über eine Anleihe an Deutschland.

Paris, 1. Mai. Aus Genua meldet der Sonderberichterstatter des „Temps“, daß dort das Gerücht hartnäckig verbreitet sei, daß in den letzten Tagen außerordentlich wichtige Besprechungen zwischen Rathenau, Delacroix und einem Vertreter des Bankhauses Morgon stattgefunden hätten. Es soll sich angeblich um eine amerikanische Anleihe an Deutschland handeln, die diesem gestattet würde, die Wiedergutmachungen leichter zu bezahlen. Die italienische Zeitung „Stampa“ gibt dieselbe Meldung ebenfalls wieder.

Neues vom Tage.

Hermes berichtet in Berlin.

Berlin, 1. Mai. Wie die Zeit hört, wird Dr. Hermes von Würzburg sich zunächst nach Berlin begeben. Er wird hier den Vertretern der Fraktionen über den Verlauf der Konferenz von Genua berichten und sodann im Hauptausschuss seinen Etat vertreten. Im Anschluss daran wird Dr. Hermes nach Genua zurückreisen.

Die Ausschussitzungen des Reichstags.

Berlin, 1. Mai. Im Reichstag sind die für heute angelegten Ausschussitzungen abgefragt worden. Der Beamtenausschuss tritt erst am Mittwoch wieder zusammen. Der Sonderausschuss zur Untersuchung der Anschuldigungen gegen den Reichsfinanzminister Dr. Hermes wurde für Dienstag vormittags 9 Uhr einberufen. Auch die für heute einberufenen Fraktionsitzungen fallen aus. Am Dienstag tritt die deutschdemokratische Fraktion zusammen. Auch im preussischen Abgeordnetenhause finden keine Sitzungen statt.

Der 1. Mai in Berlin.

Berlin, 1. Mai. Das allgemeine Straßenbild war in den Morgenstunden heute am 1. Mai wie an gewöhnlichen Wochentagen. Die Straßenbahn verkehrte, Schupo, Streikkommandos in Autos und auf Mätern tauchten hin und wieder auf. Zur Sicherung der Bahnlinien wurden hundert Polizeikräfte aufgestellt. Im Laufe des Vormittags änderte sich das Bild in den Straßen. Große Jüge von Mai-Freunden begaben sich nach den einzelnen Versammlungspunkten und erschweren zum Teil den regelmäßigen Straßenbahnverkehr. Unfälle haben sich nicht ereignet.

Der Papst für den wahren Frieden

Rom, 1. Mai. In einem Schreiben an den Kardinal Casparri drückt Pius XI. den lebhaften Wunsch aus, den wahren Frieden in der Welt wieder hergestellt zu sehen, und freut sich, daß die starken Hindernisse, die anfänglich eine

allgemeine Verständigung unmöglich zu machen schienen, beseitigt seien. Die Rückkehr zu den Gesetzen der Vernunft, die sicherlich die göttliche Ordnung seien, würde für Sieger und Besiegte und besonders für die armen Völkerstaaten am äußersten Ende Europas (die Hungernden in Russland) von großem Vorteil sein. Mögen sich alle in christlichem Geist und wechselseitigem Wohlwollen vereinigen für das gemeinsame Wohl.

Aus dem Reich

Mißstimmung gegen den Postminister

Berlin, 1. Mai. Bekanntlich trägt sich Reichspostminister Giesberts mit der Absicht, demnächst neue recht erhebliche Portoerhöhungen einzuführen. In den Kreisen der Reichstagsabgeordneten regt sich jedoch erheblicher Widerstand, und man darf annehmen, daß bei den kommenden Beratungen über den Haushaltsplan des Reichspostministeriums scharfe Worte fallen werden. Auch wird an den stellenweise unhaltbaren Zuständen im Postbetrieb starke Kritik geübt. U. a. wird ein Fachminister verlangt werden. (Giesberts ist bekanntlich gelernter Bäcker. D. Schr.)

Waffenfund

Berlin, 1. Mai. Im Keller eines Hauses in Berlin-Schmargendorf wurden von der Polizei 11 Kisten Karabiner, 153 Kisten Kartuschenhüllen, 17 Kisten mit Handgranaten, 1 Kiste mit gefüllten Maschinengewehren, 13 Trommeln Maschinengewehrmunition, 2 Kisten Infanteriemunition und 23 Kisten mit Geräten aller Art beschlagnahmt. Der Hausbesitzer hatte den Keller an einen Händler vermietet.

Württemberg

Stuttgart, 30. April. Immer noch Landflucht. Die Abg. Jenker und Baumgärtner (V.B.) haben folgende Kleine Anfrage an den Landtag gerichtet: „Die Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft ist entgegen den dringenden Wünschen der Landwirte durch Annahme eines sozialdemokratischen Antrags im Reichstag aufgehoben worden. Die Landwirte werden von allen Seiten beunruhigt, die Produktion zu vermindern, sie sind auch bereit, an dem Hilsewert der Landwirtschaft mitzuarbeiten. Dies ist aber nicht möglich bei der fortgesetzten Abwanderung insbesondere jugendlicher Arbeitskräfte in die Industrie und bei den großen Schwierigkeiten, für die landwirtschaftlichen Arbeiten die nötigen Arbeitskräfte zu bekommen. Darunter leiden insbesondere solche Betriebe, die Milchwirtschaft und Viehzucht treiben. Sind der Regierung diese Schwierigkeiten bekannt und ist sie bereit, im Interesse der Volksernährung für rasche Abhilfemaßnahmen Sorge zu tragen?“

Stuttgart, 1. Mai. Vom Landesverband der Polizeibeamten. Die vom Verband durch Vermittlung des Württ. Beamtenbunds mit der Staatsregierung geführten Verhandlungen über verschiedene Fragen haben zu einer befriedigenden Erledigung geführt.

Stuttgart, 1. Mai. Die Maifeier. Bei trübem Himmel und kühler Bitterung nahm die Kundgebung der Vereinigten Gewerkschaften und des Ortsrats des Arbeiterbundes auf dem Marktplatz einen geordneten Verlauf. Die Zahl der Teilnehmer betrug 15—20 000. Chorgefang der Arbeiterfänger leitete die Feier ein. Von drei Punkten aus sprachen Redner zu den Massen, der Gesandte Karl Hilbrand-Berlin, die Reichstagsabg. Frau Ziegler-Hellbrom und der Gewerkschaftsführer Simon Krauß-Stuttgart. Nach einem weiteren Chorgefang bildete sich ein Umzug mit mehreren Musikkapellen und zahlreichen Vereins- und roten Fahnen. Auch Kindergruppen fehlten nicht. Sie trugen zum Teil Tafeln mit Aufschriften, wie: „Gebt freie Bildung!“ usw.

Württemberg. Am Sonntag den 30. April fand im Bürgermuseum in Stuttgart eine Sitzung des Gesamtvorstands des Württ. Kriegerbunds statt, in der die Vorbereitungen für den diesjährigen Bundestag am 17. und 18. Juni in Dethingen beraten wurden. Die Mitgliederzahl hat sich im vergangenen Jahr von 130 000 auf 140 000 erhöht. An Unterstützungen für Kameraden oder deren Hinterbliebene wurden im abgelaufenen Jahr 222 266 M. verteilt.

Die Württ. Jägervereinigung, die am 9. März gegründet wurde, veranstaltete am 7. Mai, vormittags 11 Uhr, im Stadtgarten in Stuttgart eine allgemeine Versammlung von Jägern und Jagdleibhabern. Die Vereinigung bewirkt die

Heimatwurzeln.

Roman von Hans von Hefethausen.

10 (Nachdruck verboten)

Die Geschwister hatten ihren Vormund eine ganze Zeit nicht gesehen. Auch Herr Bremer wußte zu berichten, daß er nur einige Male, und dann nur für kurze Zeit seiner in der Wirtschaft ansichtig geworden sei.

Der Barnitzer Wirtschaftshof lag mit seinen schön aufgebauten Ställen, Scheunen und Speichern nicht in der Nähe des Herrenhauses. Die ganze, sehr stattliche Anlage befand sich weiter oberhalb des Gartens; auch das Beamtenhaus war im letzten Jahre dorthin gebaut worden. Vom Gutshaus in die Dorfstraße, die auch zugleich Landstraße war, führte eine breite Allee. Zu deren beiden Seiten lagen schöne Rasenplätze, die ein schmiedeeiserner Zaun gegen den Verkehr von Mensch und Wetter abschloß. Von dem in der gleichen Richtung befindlichen, aber höher gelegenen Hof sah man nicht viel von hier aus, da davor gelagerte Arbeiterhäuser, von vielen Obstbäumen umgeben, nur wenig Ausblick darauf ließen.

Gerda beklagte das oft, denn schon von Kindheit an hatte sie nichts Lieberes gekannt, als zu wissen, was dort hinten auf dem Hofe vor sich ging.

Auch heute schlenderte sie durch die Ställe und gab den ihr vertrauten und besonders bevorzugten Tieren gesammelte Lederbissen. Da war ein kranker Ochse, der wegen eines geschwollenen Fußes nun schon wochenlang nicht arbeiten konnte. Pastor Haller hatte selbst geholfen, die von ihm verordneten feuchten Lehmumschläge zu machen, nachdem alle Kunst des Tierarztes nicht anschlug. Das Tier war zahm wie ein Hund geworden und kannte Gerda genau. Sobald sie in seiner Nähe kam, langte die lange flebrige Zunge nach dem Drahtgeflecht an ihrem Arm, aus dem dann Reste von Brotkrumen, angefaulte Äpfel und dergleichen zum Vorschein kamen, Lederbissen, in die sich viele Mäuler teilen mußten.

Denn es gab aber auch noch eine zahme Sau, die mit einem ganzen Duzend schwarzweißer Ferkel gesegnet war, und die im Stall nebenan bereits Spektakel machte, wenn sie Gerdas Stimme hörte. Ein alter Pony, dem man das Gnadenbrot gab, wieherte ebenfalls laut. Man hatte ihn neben die Kälberbucht gestellt, wo er es warm hatte und stete Pflüge genoß. Auch ein sonst als böse verschriener Bulle hob den Kopf und schnauzte begierig. Gerda hatte es sehr viel Spaß gemacht, sich dieses Ungeheuer so weit zu zähmen, daß es sie kannte und willig die Bissen aus ihrer Hand nahm.

Jetzt ging sie in die Scheune. Von dort her scholl das Geräusch des Dreschlorens. Sie wußte, es wurde Roggen gedroschen zum Verkauf. In Barnitz, wie auf den meisten umliegenden Gütern, betrieb man das mit Elektrizität. Eine reichliche Wasserkraft setzte hier alle Maschinen in Bewegung. Ein leiser Schrei durchzuckte Gerda, als sie ihren Vormund an der Dreschmaschine fand. Er schien wieder zu Pferde gekommen zu sein, denn das gemästete Tier wurde hinter der gegenüberliegenden Scheumentür von einem Mann gehalten.

Herr von Bidau sprach mit dem Beamten und wog in der Hand das aus der Maschine in die darunter befindlichen Säcke rinnende Getreide.

„Sehr schöner Roggen!“ sagte er gerade, als Gerda herantrat.

Die gegenseitige kurze Begrüßung verhallte in dem Lärm, den die arbeitende Maschine machte.

Oben auf dem Dreschloren standen zwei Männer und mehrere Frauen. Letztere banden die Garben auseinander, und das Amt der Männer war es, diese in regelmäßigen Zeitabständen in den gierigen Mund der Maschine zu befördern. Weiter vorn arbeitete mit Klapper eine Strohprelle, die das ausgedroschene Stroh unmittelbar, nachdem es der Dreschloren sozusagen wieder von sich gegeben hatte, in feste Bündel von je fünfundsiebzig Pfund Gewicht band. Auf bereitstehende Wagen rutschten diese Bündel auf einem Gelfell entlang und wurden zum Verladen abgefangen.

War ein Aehrenstäuber der Lärm in diesem

raum. Aber für den, der damit aufwuchs, wird auch ein solcher Lärm oder richtiger gesagt, die Arbeit, die diesen erzeugt, eine liebgewordene Musik. Wenn er die rinnenden Körnermassen sieht, und Sack auf Sack von der Woge gefüllt genommen und zu hohen Stapeln geschichtet werden, da laßt dem Landmann das Herz, und er blickt dankbar auf den Segen, den Gottes Hand über seine oft so sauer erkämpfte Tätigkeit austreute.

„Ja, der Roggen ist wirklich schön.“ schmunzelte Herr Bremer. „Da sieht man doch, daß der künstliche Dünger sich zehrmal bezahlt macht.“

„Ja, das dachte ich schon im Frühjahr, als die Saaten so üppig standen und die schöne blaugrüne Farbe hatten,“ meinte Gerda, der es lieb war, daß das Gespräch sich an diesem Interesse festzuhalten schien.

„Aber das verstehst du ja gar nicht,“ meinte der Vormund.

„Gewiß verstehe ich das. Ich habe doch Augen, um zu sehen!“ entgegnete sie, und das Blut stieg vor Ärger in ihr Gesicht.

Er schien das, was sie sagen wollte, zu überhören. Aber sie ließ nicht locker. Hier in Gegenwart eines Dritten konnte sie einmal zeigen, daß sie eigene Gedanken habe. Das gab ihr ein gewisses Schutzgefühl, obgleich ihr diese scheinbare Unselbständigkeit gar nicht im Blut lag.

„Es ist mir lieb, daß ich dich treffe,“ antwortete Bidau. „Ich möchte dir sagen, daß wir einen neuen Backofen haben müssen. Ich meine einen großen mit Dach und Vorraum, in dem die Leute auch bei schlechtem Wetter anteigen und im Trocknen backen können. Die beiden alten kleinen sind schadhast und lohnen nicht mehr die Reparatur. Wenn wir nun einen großen bauen, so müssen bestimmte Tage in der Woche dazu festgesetzt werden. Jetzt backt jeder, wann er will, und das verbraucht eine Unmenge Brennholz. Backen nachher in dem neuen acht Familien hintereinander, so profitiert der Nachfolger schon immer von der Hitze des Vorgängers.“

gemeinsame Wahrung der Jagdinteressen gegenüber der Umgestaltung der Jagdverhältnisse in der neuen Zeit. In Württemberg kommen etwa 10 000 Jäger in Betracht.

Kindergärtnerinnen-Prüfung. Aus den vier staatlich anerkannten Kindergärtnerinnenseminaren, dem Ev. Fröbelseminar in Stuttgart, dem Schwäb. Fröbelseminar des Schwäb. Frauenvereins, dem Kindergärtnerinnenseminar St. Maria in Ulm und dem Kindergärtnerinnenseminar St. Loreto in Gmünd, haben bei der im März und April abgehaltenen Prüfung 54 Bewerberinnen die Befähigung zur Anstellung als Kindergärtnerinnen in einem öffentlichen Kindergarten erlangt.

Zellbach, 1. Mai. Koch ein Waffenlager. Die Bundespolizei hat hier in der Bahnhofstraße wieder eine größere Zahl von Gewehren beschlagnahmt. Der Zweck des Waffenlagers ist noch nicht ermittelt.

Böblingen, 1. Mai. Bahneröffnung. Die Stichbahn nach Schönaich, die 4 1/2 Kilometer vom Bahnhof Böblingen entfernt, am bisherigen Haltepunkt Schönaicher Rigi der Nebenbahn Böblingen—Dettenhausen abzweigt und eine Länge von 3,4 Kilometer hat, wurde heute eröffnet. Die 1 1/2 Kilometer lange Bahn Leinfelden—Badenbuch mit der Zwischenstation Steinbrohn und den Haltepunkten Nusberg, Glashütte usw., die in Vaihingen a. F. an die Hauptbahn Stuttgart—Eutingen anschließt, ist noch im Bau begriffen.

Heilbronn, 1. Mai. Der Fall Schweikert. Der Polizeiwachtmeister Schweikert hat vor mehreren Tagen, wie berichtet, einen Schuhmacherlehrling, der ihm auf der Straße nach Kirchhausen nicht ausweichen wollte, vom Rad heruntergeschossen. Schweikert gab an, er sei angetrunken gewesen, auch sei er von dem Lehrling beschimpft worden. Er habe nur einen Schreckschuß abgeben wollen. Das Schwurgericht verurteilte Schweikert wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tod zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Die Geschworenen hatten die milderen Umstände verneint.

Vom Bodensee, 1. Mai. Schiffszusammenstoß. Der bayerische Personendampfer „Nürnberg“ stieß im Hafen zu Lindau mit einem unmittelbar vorher von einem Schweizer Dampfer eingebrachten Trojektboot zusammen, wobei Radkasten und Rad schwer beschädigt wurden. Die Wiederinstandsetzung dürfte mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Bahneröffnung. Die Bahnlinie Friedrichshafen—Oberteuringen wird am 15. Mai eröffnet werden.

Vom Bodensee, 1. Mai. Der Boralberger Landtag hat die Bezüge der Abgeordneten auf 2500 Kronen für den Tag festgesetzt, außerdem erhalten die Abgeordneten 1000 Kronen Nachtigungszuschuß.

Lehrplan für den Religionsunterricht der Grundschule

ep. Der vorläufige Lehrplan für den ev. Religionsunterricht im 2.—4. Jahr der Grundschule, durch einen aus Lehrern und Geistlichen zusammengesetzten Lehrplanausschuß vorbereitet, wird von der Oberkirchenbehörde in der neuesten Nummer ihres Amtsblatts bekannt gegeben. Die Zahl der Religionsstunden beträgt darnach an der ausgebauten Schule im 2. Schuljahr 2 1/2, im 3. und 4. Schuljahr je 3 Stunden, an der einstufigen Schule für das 1.—4. Schuljahr insgesamt drei Stunden. Der Unterrichtsstoff besteht aus sorgfältig für das kindliche Verständnis ausgewählten biblischen Geschichten, Sprüchen und Liedern. Beim Unterricht soll das Miterleben und Mitdenken der Schüler sorgsam gepflegt werden. Die biblischen Sprüche werden im Anschluß an die biblischen Geschichten erklärt und gelernt. Wörtliche Einprägung ist notwendig, aber kleine sprachliche Abweichungen sind nicht als Fehler zu rügen. Für schwache Schüler sind wie bisher entsprechende Erleichterungen vorgesehen.

Deutscher Bauerntag

Der Andrang zum Deutschen Bauerntag am 20. bis 22. Mai in Ulm a. D. wird voraussichtlich so groß, daß eine besondere Regelung und Einstellung des Eisenbahnverkehrs notwendig wird. Wer also die Absicht hat, zum Bauerntag zu reisen, hat dies unverzüglich seinem landw. Bezirksverein usw. mitzuteilen, der die Zahl der Gäste an die Hauptgeschäftsstelle in Ulm meldet, die wiederum mit den Eisenbahnbehörden in Verbindung tritt.

Nach dem nunmehr vorliegenden Festplan wird die Ausstellung am 18. Mai durch Freiherrn v. Freyberg-Allmendingen eröffnet. Am 19. Mai finden Versammlungen der verschiedenen Bauernverbände statt. Am 20. Mai tagen die Vertreter der Deutschen Bauernvereine, nachmittags schließt sich die hochinteressante Trachtenschau für das ganze Reich und das berühmte alte Fischerstechen auf der Donau an, dem ein Feuertanzabend im Saalbau folgt. Der Haupttag, 21. Mai, wird mit Gottesdiensten in den evang. und katholischen Kirchen von Ulm und Neu-Ulm um 8 1/2 Uhr eingeleitet, um 10 Uhr findet der Deutsche Landfrauentag im Saalbau statt. Um 12 Uhr beginnen die öffentlichen Versammlungen im Saalbau und im Saal des kath. Gesellenhauses. U. a. wird Reichstagsabg. Geh. Landesökonomierat Dr. Heim über das Thema sprechen: Bauern heraus! Nachmittags wird Gelegenheit sein, in den Friedrichsau verschiedene Turn- und Sportvorführungen zu beschließen. Den Schluß bildet eine Studentenreise zu den Molkereien des Württ. und bayer. Allgäu.

„Das hat dir aber Herr Bremer gut eingeblasen,“ spottete er wieder.

„Nein,“ fiel dieser schnell ein, „das gnädige Fräulein kam von selbst mit dem Plan, nachdem sie vor einiger Zeit in Tannenhof eine ähnliche Einrichtung gesehen hatte, die vor einem halben Jahr gemacht ist und sich sehr bewährt.“

Bidau schwieg und sah Gerda merkwürdig prüfend an.

„Ich habe mir auch den Kostenanschlag geben lassen, sowie den Grundriß des Backofenbaus. Herr Bremer hat ihn und kann ihn dir zeigen.“

Der Vormund sah sein Mündel noch immer mit demselben sonderbaren Blicke an. Etwas für ihn und seine bisher gehegten Pläne sehr Unbequemes begann sich da in dem jungen Menschenkind zu regen. Ein praktisches Erfassen der Gerda umgebenden Welt. Er fühlte selbst, er hätte sich daran freuen sollen, aber, so, wie die Dinge lagen, störte es ihn empfindlich.

Er hätte gern den ganzen Plan für einen Unsinn erklärt, aber das war kein Unsinn, das war eine gute Neuerung, die er im Begriff stand, bei sich selber in Woldenberg einzuführen.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Metallarbeiterstreik

Der Deutsche Metallarbeiterverband erkennt den Vorschlag des Reichsarbeitsministers (47stündige Arbeitswoche mit einer weiteren Ueberstunde, wo die Verhältnisse es erfordern) als eine geeignete Grundlage zu weiteren Verhandlungen. Dieser Erklärung ist auch der Hauptausschuß der Streikenden beigetreten, er lehnt aber den Vergleichsvorschlag des Oberbürgermeisters Lautenschlager-Stuttgart ab, da er in Punkt 5 die von den Metallarbeitern fast einstimmig abgelehnte Bedingung der Industriellen (vom 1. Juni an regelmäßig reine Arbeitszeit 48 Stunden) enthalte.

Die unentbehrliche Zeitung

Sämtliche Zeitungen sehen sich von neuem genötigt, mit einer Preiserhöhung an ihre Bezahler heranzutreten. Das geschieht aus dem Zwang der Verhältnisse heraus, die das wirtschaftliche Leben im allgemeinen, im besonderen das der deutschen Zeitungen auf das Gefährlichste belasten. „Es hat fast den Anschein, als ob planmäßig darauf hin gearbeitet würde, die öffentliche Meinung mundtot zu machen, indem man den Zeitungsbetrieben wirtschaftlich das Rückgrat bricht“, so schrieb dieser Tage ein kleineres mitteldeutsches Blatt, das zu einer Einschränkung seiner Erscheinungsweise gezwungen war. In der Tat wäre die öffentliche Meinung mundtot gemacht, wenn der „Zeitungsstod“ weiter um sich griffe, wenn noch mehr Blätter zum Erliegen gebracht würden. Daß gerade bei den Zeitungsunternehmen für die Rohmaterialien einer Tageszeitung die Steigerung besonders stark geworden ist, können unsere Leser übrigens an eigenen Leib spüren, wenn sie Papier, Druckfärbung und ähnliches für den Hausbedarf irgendwo kaufen. Und wer rechnen kann, wird feststellen müssen, daß die Zeitungen nur zögernd und wirklich nur aus der Not der Verhältnisse heraus, den Weg eines Auswegs zu den gesteigerten Selbstkosten und den verhältnismäßig um vieles weniger erhöhten Bezugspreisen beschritten haben. Darüber ist kein Zweifel: im Grund ist dieser tägliche Freund des Hauses, ohne den keine Familie sein kann, noch billiger. Denn was bekommt man z. B. an sonstigen Waren für den Preis, den man für den Vierteljahrsbezug der Zeitung hingibt? Nächstens kostet ja eine einzige Zigarette eine Mark. Lesergemeinde und Zeitung gehören zusammen. Viele Jahre lang hat unser Blatt die Leser getreulich bedient und ihre Interessen vertreten. Jetzt darf es wohl erwarten, daß die Leser auch ihm in schweren Zeiten die Treue halten.

Die Lage im Zeitungsgewerbe. Während schon im Monat Februar ds. Js. nach amtlicher Feststellung in Deutschland 156 Zeitungen und Zeitschriften eingegangen sind, haben nach der amtlichen Zeitungszählung im Monat März abermals 177 Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen müssen. Bekanntlich hat die Reichsregierung in Beantwortung einer vom Reichspräsidenten Voebé begründeten Anfrage sämtlicher Parteien des Reichstags betr. die Not der Zeitungen erwidern lassen, daß sie geeignete Maßnahmen zur Durchführung bringen wolle. Hoffentlich wird das Reichswirtschaftsministerium, dem die Ausführung der angekündigten Maßnahmen obliegt, angesichts der fortschreitenden Not der Presse sich endlich zur Durchführung der angekündigten Maßnahmen entschließen.

Wie für die Presse gesorgt wird

Dresden, 1. Mai. In verschiedenen Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium mit den deutschen Verlegern war die bestimmte Zusage gegeben worden, daß seitens der Reichsregierung alles geschehen werde, um der anerkannten Notlage der Presse zu steuern. Ebenso hat der Reichstag die Regierung wiederholt aufgefordert, Maßnahmen zur Einberung der Papiernot usw. zu treffen. So hatten die Zeitungsverleger u. a. gefordert, daß zur Sicherstellung des Papierbedarfs der deutschen Zeitungen die Zwangsverpflichtung von Papierstoff, Zellstoff und Druckpapier wiederhergestellt und die maßlose Ausfuhr ins Ausland eingedämmt werde. Nun veröffentlicht Prof. Wolf in den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ ein als „streng vertraulich“ bezeichnetes Schreiben der Geschäftsstelle der Sächsischen Handelskammern an die Handelskammern in Sachsen, in dem mitgeteilt wird, der für Zeitungswesen zuständige Berichterstatter im Reichswirtschaftsministerium, Oberregierungsrat Fehler wolle die Handelskammern streng vertraulich wissen lassen, daß es ihm willkommen sein würde, wenn die Handelskammern sofort gegen die von den Zeitungverlegern verlangte Zwangsverpflichtung Einspruch erheben würden, wozu bis jetzt leider wenig zu spüren gewesen sei. Die Geschäftsstelle empfiehlt den Handelskammern, dem von Fehler gegebenen Winz möglichst umgehend Folge zu leisten.

Prof. Wolf bemerkt dazu: Fehler hat als beamteter Vertrauensmann des Reichswirtschaftsministers an allen vertraulichen Verhandlungen über die Presse teilgenommen. Während aber die Verleger dem Herrn Fehler vollstes Vertrauen und Offenheit entgegenbrachten, zeigt sich jetzt sein ableses Ränkespiel, das wohl nicht ohne Folgen bleiben wird.

Allerlei

Anfall des Königs von Schweden. Vor einigen Tagen stieß dem König von Schweden auf der Fahrt von Nizza nach Genf ein Unfall zu, indem der Koffwagen eines Bankiers, der denjenigen des Königs auf der Landstraße überholen wollte, gegen den Wagen des Königs aufzufuhr, wodurch der König aus dem Wagen geschleudert wurde. Wie sich bei der Untersuchung in Baden-Baden herausstellte, hat der König 3 Vorderrippen gebrochen und es hat ein schmerzhafter Bluterguß in der Brustmuskulatur stattgefunden. Die Heilung dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen, sodaß die Rückkehr nach Schweden verschoben werden mußte.

Operation Lenins. Im Jahre 1918 war von Mitgliedern der Sozialrevolutionären Gruppen in Rußland ein Anschlag auf den Bolschewistenführer Lenin verübt worden. Lenin wurde durch einen Schuß verwundet. Am 23. April ds. Js. mußte sich nun Lenin einer Operation zur Entfernung der Kugel unterziehen. Es wird berichtet, die Operation sei gelungen, die Wunde befinde sich in gutem Zustand.

Bernünftig. In Rürtingen sollte anfänglich eines rückgängig gemachten Kaufs ein Kuegel bezahlt werden, und es wurde vereinbart, dieses in Wein umzusetzen. Beide Parteien verzichteten aber auf den Trunk und ließen die erforderliche Summe vier bedürftigen ergrauten Handwerkern zugut kommen.

Immer nur nobel. Nur kurzem stürzte von der früheren Feste Titein, die bekanntlich auf Befehl des Feindverbands zerstört werden mußte, nachts ein Felsblock ab und kam auf das Gefels am Fuße des Berges zu liegen, kurz bevor der Schnellzug von Basel vorbeifahren mußte. Ein Bahnwärter hatte, durch das Getöse aufmerksam gemacht, den Felsblock noch entdeckt, und er konnte rechtzeitig ein Warnungssignal

nach der nächsten Station geben lassen, so daß ein schweres Unglück verhütet wurde. Die Eisenbahndirektion hat nun, wie die Badler Landesztg. berichtet, dem Bahnwärter eine Belohnung von 300 Mark gegeben. Davon wurden aber 10 Prozent Steuer abgezogen!

Das Stadttheater in Eisenach hat seine Porten geschlossen, da der nötige Zuschuß von 200 000 M nicht aufzutreiben war.

Seltames Schicksal. In Daiteln, einem Dorf bei Münster in Westfalen, traf dieser Tage der frühere Matrose der Kriegsmarine Eiringhaus ein, der unter dem bekannten Kapitän Müller die kühnen Fahrten des Kreuzers „Emden“ mitgemacht und nach dem Untergang des Schiffs im Kampf gegen ein großes australisches Panzerschiff auf einem erbeuteten engl. Dampferchen „Apeha“ nach Arabien gekommen war. Eiringhaus geriet in englische Gefangenschaft und wurde nach Kairo gebracht. Wegen mehrerer Fluchtversuche erhielt er 29 Jahre Kerker. Für seine Familie galt er als verstorben. Im Februar d. J. glückte es ihm, in der Verkleidung eines Mönchs zu entkommen. Als er in Deutschland ankam, mußte er erfahren, daß sich seine Frau inzwischen wieder verheiratet hatte.

Fünf Kinder erstickt. In einem Schlafsaal des städtischen Kinderheims in Neumünster (Holstein) wurden am letzten Samstag fünf Kinder tot gefunden, ein weiteres war bewußlos. In dem Saal befand sich ein Gasofen, der in der letzten Zeit nicht mehr benutzt wurde und von dem das Abzugsrohr abgetrennt war. Ein Hahn zu dem Ofen stand offen.

Zeitgenossen! In einer Münchener Gastwirtschaft rühmte sich der Vertreter einer Hamburger Kaffeefirma seines großen Verdienstes. Er verkaufe den Kaffee, den er um 20 M gekauft habe, um 100 M das Pfund. Dabei nahm er zwei Taufgeldmarktscheine aus der Tasche, riß sie in Fetzen und warf sie auf den Boden. Auf eine Anzeige nahm die Landeswucherstelle eine Hausfuchung bei dem sauberen Patron vor und beschlagnahmte einen Zentner Kaffee. Außerdem wird er sich wegen Preistreiberi zu verantworten haben.

Eine Silberkugel von Einbrechern hat die Berliner Polizei entdeckt. Vor einigen Tagen waren in einem Haus am Kurfürstendamm silberne Kunstgegenstände im Wert von über einer Million Mark durch Einbruch gestohlen worden. Am Donnerstag drang nun die Polizei in die Wohnung eines berüchtigten Einbrechers ein und fand dort die Gegenstände zerhackt in einem Schmelztigel. Zwei Verbrecher wurden verhaftet.

Pahlfässer. Zu Anfang des Monats wurde in Berlin eine Pahlfässerwerkstatt entdeckt, die in verschiedenen deutschen Städten sogenannte Schlepper unterhielt. Als ein solcher wurde in voriger Woche in Leipzig ein Polizei-Oberleutnant verhaftet. Gleichzeitig wurden nicht weniger als 40 Kaufleute festgenommen, die durch den ungetreuen Beamten gefälschte Pässe meist in die Tschechoslowakei zu Schießungen und anderen unsauberen Geschäften bezogen hatten.

Zwei Jahre Gefängnis und 6 1/2 Millionen Geldstrafe. Ein Händler in Berlin suchte erfolglos die Bewilligung für die Ausfuhr von 75 Flugzeugmotoren nach Spanien zu erlangen. Da es nun auf geradem Weg nicht ging, schlug er krumme Wege ein und durch Bestechung usw. glückte der Handel. Die Sache wurde aber entdeckt und der Händler und sein Hauptbelfer wurden zu je 2 Jahren Gefängnis und dem dreifachen Wert der unerlaubt ausgeführten Motoren von 6 500 000 Mark verurteilt. Einige andere Helfer erhielten geringere Strafen. Bei der Strafausmessung wurde angeschlossen, daß der Händler durch sein gewissenloses Verhalten dem Reich hätte große Ungelegenheiten bereiten können.

Ein sibirischer Riese. In Budapest wird gegenwärtig der Sibirier Kazanief gezeigt. Er ist 34 Jahre alt, 2,82 Meter groß und wiegt 416 Pfund. Der Umfang an der Brust beträgt 1,42 Meter, am Kopf 63,5 Zentimeter. Kazanief nimmt täglich vier Mahlzeiten ein und trinkt 3 Liter Milch, isst 15—20 Eier, 3—4 Pfund Fleisch usw. Merkwürdig ist, daß der Riese ein großes Schlafbedürfnis hat; oft schläft er 24 Stunden ununterbrochen.

Bei einer Grubenexplosion in Lupang (Siedebürgen) kamen über 100 Menschen ums Leben.

Sport

Der Sport am Sonntag. Im Entscheidungsspiel um die bayerische Bezirksmeisterschaft im Fußball siegte Wacker-München gegen F.C. Fürtch und wurde dadurch Meister von Bayern. In Württemberg fanden zahlreiche Treffen in den süddeutschen Ligaspielen statt, sogenannte Meisterschaftsspiele innerhalb der Ligaklassen. Stuttgarter Turn- und Sportfreunde siegte über Sp.B. Feuerbach mit 4:2, T.B. Ulm gegen T.B. Heilbronn mit 4:2, Sp.Bgg. Tübingen gegen Sp.Bgg. Cannstatt 0:3, Stuttgarter Riders gegen Germania Durlach 1:1, B. f. R. Heilbronn gegen F.B. Frantental 4:1 usw. Die Fußballmeisterschaft des 3. Wehrtreffes gewann die 10. Komp. des Inf.-Regts. 14 Konstanz mit 5:2 gegen die 10. Komp. Inf.-Regt. Kassel. Der Turnkreis Schwaben hielt im Stadtbad Cannstatt das erste Wettschwimmen, eine Folge der Trennung der deutschen Turnerschaft von den Sportverbänden. Die Turnvereine tragen nun ihre Wettkämpfe im Schwimmen unter sich aus. Auch in Heilbronn wurde ein bedeutendes zweitägiges nationales Schwimmfest abgehalten. Im Handball errangen die Turnerinnen des M.L.B. Stuttgart die Kreismeisterschaft der Turnerinnen. — Sportlich bedeutsam ist noch der neue Sieg der Daimler Mercedes-Wagen im Prager Bergrennen, wo der bekannte Rennfahrer Salzer zum drittenmal den 1. Preis holte.

Ein Spinnmädchen singt:

Schnurre, Rädchen, schnurre schnell,
Spiel den langen Faden
hurtig um das Spulgestell
Von den Wodenschwaden.

Schnurre, Rädchen, schnurre schnell,
Daß zum Hochzeitstanz
Mich der Freier find't zur Stell'
Mit dem Myrtenkranz.

Schnurre, Rädchen, schnurre schnell,
Goldreif an dem Finger,
Sei mein treuer Spinngefell,
Blanke Herggläubringer.

Schnurre, mein Rädchen! So ist's fein!
Wenn Choral und Glocken
Segnen meine Myrten ein,
Sollt auch ihr betrunzet sein,
Rädchen du und Woden!

Gustav Kretschmer.

Vermischtes.

Ein Unfall an der Leipziger Oper. Gelegentlich der letzten Aufführung des „Wasserschmiedes“ im Neuen Theater kam Frau Schulz-Dornburg dem niedergehenden Vorhang zu nahe und wurde von ihm zu Boden geworfen. Die Sängerin brach sich den rechten Arm und mußte sofort im Auto nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht werden. Prof. Eichler, das im Hause amesend war, sang die Partie der Verunfallten weiter.

Wichtigster Anschlag auf einen D-Zug. Am Freitagabend gegen 11 Uhr ist auf den D-Zug Düsseldorf-Duisburg, hinter dem Duisburger Wald, kurz vor der Einfahrt in Duisburg ein Anschlag verübt worden. Bahnräuber hatten das Signal auf Halt gestellt, um den D-Zug zum Stehen zu bringen. Durch die Aufmerksamkeit des Blockwärters wurde der Anschlag vereitelt. Herbeigeeilte Polizeibeamte wurden von den Bahnräubern in ein Feuergefecht verwickelt, nach dem ein Mann schwer verwundet am Tatort vorgefunden und festgenommen wurde.

Explosionsunglück in Siebenbürgen. In der Kohlengrube von Vapent in Siebenbürgen ereignete sich kürzlich eine große Explosion, die über 100 Opfer gefordert haben soll.

Von einem Bullen zu Tode gestampft. Ein schreckliches Unglück ereignete sich auf dem Dominium Glödorf bei Striegau. Als dort der Futtermann Scheer einen Bullen anketten wollte, wurde das Tier wütend und stürzte über Scheer her, riß ihn nieder und zerstampfte ihn derartig, daß er mit tödlichen Verletzungen liegen blieb.

Fener im zwölften Stockwerk hoch gelegenen Ballsaale. Am Sonntag vormittag brach in Washington im Ballsaal des zwölften Stockwerkes des neuen Hotels Willard ein Brand aus als gerade der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, und zahlreiche Senatoren und Abgeordnete amesend waren. Es gelang allen, sich zu retten.

Der Bart als Bürgerpflicht. Die Stadtväter von Sacramento haben, wie der „New York Herald“ zu melden weiß, befohlen und fernerlich verordnet, daß alle erwachsenen Bürger der Stadt Bärte tragen müssen. Wer diesem Befehl zuwiderhandelt, wird mit einer Strafe von einem halben Dollar täglich belegt. Zugleich aber wird denjenigen, die sich keines läppigen Haarwuchses von Natur erfreuen, die Pflege der Gesichtshaare sehr erschwert, denn bei hoher Geldstrafe ist die Benutzung jedes Bartförderungsmittele unterlagt, sind wer dabei erwischt wird, daß er zu diesem letzten Hilfsmittel seine Zuflucht nimmt, der wird zu einem extra zu diesem Zweck eingesetzten Gericht zitiert, in dem fünf Damen und vier Herren darüber wachen, daß bei dem Bartwuchs der Bürger alles mit rechten Dingen zugeht. Die vorschristsmäßige Barttracht sind Koteletten. Falsche Bärte werden erst recht nicht gestattet. Der Grund für diese eigenartige Maßnahme ist der, daß die Stadt bei ihrem Jubiläum, das an die alte Heldentzeit der Kämpfe gegen die Indianer erinnern soll, möglichst würdig und stattlich auftreten will, und deshalb wird der Bart Bürgerpflicht.

Pofales.

Dollarkurs am 20. April 285,75 Mark.

— Auszahlung der Lehrgeldhalter. Der Ev. und Kath. Oberkirchenrat riefen einen Erlaß an die Staatsrentämter, an die Besoldungsstellen der großen und mittleren Städte und der Gemeinden mit über 4000 Einwohner, an sämtliche Bezirksämter, Lehrerbildungsanstalten und Erziehungshäuser, welcher folgendes besagt: Den planmäßigen Beamten und Lehrern werden nach der in Vorbereitung sich befindlichen Änderung des Besoldungsgesetzes ab 1. April 1922 die Grundgehälter, Orts- und Feuerungszuschläge zukommen. Um Überzahlungen zu vermeiden, sind den planmäßigen Beamten und Lehrern zunächst nur die Mehrbezüge an Grundgehalt, Orts- und Feuerungszuschlag für den Monat April und bei vierteljährlicher Auszahlung für die Monate April, Mai und Juni alsbald auszuzahlen. Zugewogen haben die Mehrbezüge an Kinderzuschlägen, Kinderfeuerungszuschlägen und Frauenszuschlag bei den jetzt zu leistenden Nachzahlungen außer Betracht zu bleiben. Der Frauenszuschlag und die neuen Kinderzuschläge werden sobald als möglich von Stuttgart aus besonders angewiesen. Die Besoldungsklassen werden angewiesen, den Beamten und Lehrern die Dienstbezüge nach der neuen Ordnung ab 1. April 1922 auszuzahlen.

— Berufswahl für die Schulentlassenen. Eine große Zahl Knaben wurde in diesen Tagen aus den Volksschulen entlassen. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, daß von diesem großen Nachschub an jugendlichen Arbeitskräften recht viele sich denjenigen Zweigen des Wirtschaftslbens zuwenden, die des Nachwuchses am dringendsten bedürfen und deren Bedröhen für die Gesamtheit des Volkes besonders wichtig ist. Im Handwerk sind es die Bauberufe, denen es am meisten an Nachwuchs mangelt. Um die Verhältnisse im Bauhandwerk klar zu legen und die jungen Leute für die handwerksmäßige Ausbildung in den Bauberufen zu gewinnen, hat das Landesamt für Arbeitsvermittlung als zentrale Stelle für die Berufsberatung in Württemberg im Einvernehmen mit den vier Handwerkskammern und den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ein Merkblatt über das Bauhandwerk ausgearbeitet und durch Vermittlung der Bezirksämter und Rektorate an die Entlassschüler der Volksschulen verteilen lassen. — Vor allem aber braucht die Landwirtschaft Arbeitskräfte, wenn sie ihre Erzeugung steigern soll, was gerade gegenwärtig so dringend notwendig wäre. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Eltern von jungen Leuten, die auf dem Lande aufgewachsen und für landwirtschaftliche Arbeit geeignet sind, sich nicht durch die augenblickliche günstige Verdienstmöglichkeit in der Industrie verführen lassen, ihre Kinder als ungelernete Arbeiter in die Fabrik zu schicken. Wenn die Beschäftigung der Industrie wieder zurückgeht — und damit ist zu rechnen —, so werden sehr viele, gerade auch von den jugendlichen Arbeitern entlassen

werden müssen. Wer aber eine Zeit lang in der Fabrik gearbeitet hat, für den ist es nicht leicht, sich wieder an die Landwirtschaft zu gewöhnen, während umgekehrt der Übergang von der Land- zur Fabrikarbeit späterhin jederzeit leicht möglich sein wird. Gerade in den für die ganze Entwicklung entscheidenden Jahren nach der Schule ist die Beschäftigung in der Landwirtschaft für die jungen Leute nicht nur in körperlicher, sondern auch in jeder anderen Beziehung unendlich viel gesünder, als die Arbeit eines ungelernen Fabrikarbeiters.

— Diäten- und Reisekosten. Nach einer mit Wirkung vom 1. März 1922 in Kraft tretenden Verordnung des Staatsministeriums über Diäten- und Reisekosten vom 28. April 1922 erhalten bei Dienstreisen die Beamten der Besoldungsgruppen Diäten und Reisekosten nachfolgend:

I—V	45 M	34 M
VI—VIII	55 M	42 M
IX—XIII	70 M	53 M

Das sogenannte Kilometergeld ist auf 1 M erhöht worden.

Handelsnachrichten

Dollarkurs vom 1. Mai: 282,36 Mark.
Der Wert der Mark im Ausland. Für 100 M wurden Ende vor. Woche bezahlt in Zürich 1.81 (vor dem Kriege: 125.40) Fr., in Stockholm 1.38 (88.80) Kronen, in Wien 2.830 (117.80) Kronen, in Prag 18.375 (117.80) Kronen, in London 1.91 (97.80) Schilling, in New York 0.35 (23.80) Dollar, in Paris 3.84 (125.40) Francs, in Rom 6.67 (123.45) Lire.
Stuttgarter Börse, 1. Mai. Der Verlauf der heutigen Börse war für die Börsenbesucher keine Überraschung. Wie nicht anders zu erwarten war, verkehrte man in sehr ruhiger Haltung mit Rücksicht auf den heutigen 1. Mai, wo an verschiedenen auswärtigen Börsen nicht gearbeitet wurde. Im großen ganzen haben sich die vormittäglichen Kurse gehalten, sowohl auf dem Renten- wie Aktienmarkt.
Deutschlands Zuckervorräte. Nach amtlichen Berechnungen haben Deutschlands Gesamtzuckervorräte an Zucker anfangs März rund 12,30 Millionen Zentner betragen (gegen 13,72 und 9,30 Millionen Zentner in der entsprechenden Zeit der beiden Vorjahre).
Flugpost nach Rußland. Vom 1. Mai an wird ein wöchentlich zweimaliger Flugdienst Königsberg—Smolensk—Moskau eingerichtet und zur Flugpostbeförderung benutzt. Der Zeitgewinn beträgt gegenüber gewöhnlicher Postbeförderung ungefähr 4 Tage. Die Flugpost befördert nur gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten für ganz Rußland. Als Flugzuschläge werden für Postkarten, sowie für je 20 Gramm der Briefe 8 M neben den gewöhnlichen Auslandsgebühren erhoben.

Märkte

Balingen Schweinemarkt, 1. Mai. Zufuhr wurden 125 Stück Milchschweine. Der Handel war lebhaft. Alles wurde verkauft. Der Preis für das Stück betrug 7000—1400 M.
Trockenfleischmarkt, 1. Mai. Preisrückgang auf dem Fleischmarkt. Der letzte Fleisch- und Schweinemarkt war sehr gut besetzt, der Handel aber flau, weil die Käufer zurückhielten. Junge Tiere, die wenige Tage vorher noch mit 8—9000 M bezahlt wurden, wurden um 5—6000 M abgegeben. Milchschweine, die bisher zu 2000 M pro Paar bezahlt wurden, kosteten 1200 bis 1300 Mark.

Stadt Wildbad.
Bergebung von Bauarbeiten
am Samstag, den 6. Mai 1922, vormittags 11 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses.
Zum Ausbau der Turnhalle kommen nachstehende Arbeiten im Einzelverfahren zur Vergebung:
Maurerarbeit, Zimmer-, Gipfer-, Schreiner-, Glaser-, Maler-, Schlosser- u. Schmiedarbeiten.
Pläne und Bedingungen liegen an unterzeichneter Stelle zur Einsicht auf, die Vergebungsunterlagen werden gegen 50 Pfg. für die Schriftstücke abgegeben.
Die Zuschlagserteilung und die Auswahl unter den Bewerbern bleibt dem Gemeinderat vorbehalten.
Stadtbauamt Wildbad
Munt.

Stadt Wildbad.
Vergebung von Jahresbauarbeiten
am Freitag, den 5. Mai, vormittags 11 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses.
Für die Jahresbauarbeiten sind die Preislisten der Innungen zu Grunde gelegt, soweit solche eingereicht wurden. Bewerber, von deren Berufsinnung keine Liste vorliegt, haben wenigstens Tagelohnpreise einzureichen. Sämtliche Materialpreise und Tagelöhne verstehen sich gleitend.
Zur Vergebung kommen:
Grab, Beton, Maurer, Kanalbau und Dachdeckerarbeiten ohne Liste. Zimmerarbeiten ohne Liste. Gipferarbeiten ohne Liste. Schreinerarbeiten mit Liste. Glaser und Anschlagarbeiten mit Liste. Schlosserarbeiten ohne Liste. Schmiedarbeiten. Flaschner und Installationsarbeiten mit Liste. Malerarbeiten mit Liste. Tapezierarbeiten ohne Liste. Hafnerarbeiten ohne Liste. Wagnerarbeiten ohne Liste. Fuhrer mit Liste. Gärtnerarbeiten ohne Liste.
Die Unterlagen (Liste und Bedingungen) liegen auf dem Stadtbauamt zur Einsicht auf. Die Zuschlagserteilung und die Auswahl unter den Bewerbern bleibt dem Gemeinderat vorbehalten.
Stadtbauamt Wildbad.
Munt.

Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg.
Bekanntmachung.
Von 1. Mai 1922 an bis auf Weiteres sind unsere Schalter für Publikumsverkehr geöffnet
von 8 bis 12 Uhr vormittags
von 3 bis 5 Uhr nachmittags.
Neuenbürg, den 1. Mai 1922.
Vorstand:
Fr. Seitzelmann.
Verwaltung:
Dobernel.

Geflügel- u. Kaninchen-
Züchterverein Wildbad
In der Futtermittelstelle ist Futter eingetroffen. Abgabe jederzeit. Ferner werden am Mittwoch morgen von 8 Uhr an in der Molkerei von Theodor Beckle 80 Ztr. Mais gegen Barzahlung abgegeben. Ztr. ca. 600 Mk. Säcke sind mitzubringen. Es kann von 50 Pfund an in jedem Quantum gefast werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dies die letzte Lieferung vor neuer Ernte ist.
Der Vorstand.

die Zeit
mit Industrie u. Handelsblatt
Zentralorgan der Deutschen Volkspartei
erscheint zweimal täglich!
Sonderbeilagen:
„Volk und Wehrkraft“
„Technischer u. Hochschulaufsicht“
„Schaffende Jugend“
„Nebenbau“
„Selbstinnen“
Vom 1. April an liegt der „Zeit“ allwöchentlich die älteste deutsche nationale Wochenchrift
„Die Grenzboten“
Wochenchrift für Politik, Literatur und Kunst
gratis bei
Bezugspreis der „Zeit“ monatlich M. 25.—
frei ins Haus (6. Nachtrag-Veröffentlichung 1922)
Bestellungen bei allen Postämtern und bei der Hauptgeschäftsstelle Berlin O 20 46, 20. Dezember 8-9

Größere Tricotwarenfabrik Süddeutsch-
lands sucht
für ihre Betriebserweiterung
größere Kapitalien auf-
zunehmen.
Angebote unter S. B. 2182 an Rudolf Mosse,
Stuttgart.

Win mir
hört im Wäsche
mit
Weibertreu
Seifenpulver
Hersteller:
Heilbranner & Co., Heilbronn a. N.

Inseriert im „Tagblatt“!
Jüngeres, tüchtiges Mädchen sucht Stellung z. Servieren
Adress-Angabe an die Tagblatt-Geschäftsstelle.
201
Turn-Verein Wildbad.
Dienstagabend 8 Uhr in der Turnhalle
Turnrats-Sitzung
Pünktliches Erscheinen der Turnratsmitglieder sowie des technischen Ausschusses dringend notwendig.
Der Vorstand.
Steinholz-Böden
Wandplattenbelag
fertig
Gustav Schmid.
Drillanzüge
Blaue Arbeitsanzüge
Sommer-Beinen-Rittel
Arbeitsmantel
Windjacken
Feldgraue Hosen
Manchesterhosen
Zwirn-Hosen und Engl. Lederhosen
offertiert billigst
Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft
Karlsruhe, Kronenstraße 52.
Nachhilfsstunden in
Bakteriologie
Chemie, franz. u. engl. Sprache
Buntstickerei
jegl. Art
Anmeldung an die Exped. ds. Blattes.